nehmen, und wenn diese nun gar noch in der Cafeuppe zum Gegenstand demagogischer Verdrehung seitens der Radicalen und Socialdemokraten gemacht werden, so ist es kaum zum Verwundern, wenn der Corpsgeist zurückgeht und der Geist der Unbotmäßigkeit an seine Stelle tritt. Eine Aenderung dieser Zustände wäre gewiß dringend wünschenswerth, läßt sich aber äußerst schwer durchführen, so lange es in England militairisch in der Weise der Urväter weiter geht. Nur eine gründliche Regeneration des Heerwesens, vor Allem die Hebung des militairischen Ehrgefühls und Standesbewußtseins, könnte ein hinreichendes und wirksames Gegengewicht gegen die zersetzenden Einflüsse der Socialdemokratie bilden; daran ist aber unter den obwaltenden Umständen kaum zu denken.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika machen die Republikaner die größten Anstrengungen, um die Demokraten und ihren Candidaten Cleveland aus dem Felde zu schlagen. Trotz alledem will es dem unparteiischen Beobachter der überaus heftigen Wahlbewegung gegenwärtig erscheinen, als ob die Aussichten des demokratischen Bewerbers, die bisher nicht so günstig waren, wie sie in den demokratischen Zeitungen geschildert zu werden pflegten, sich in der letzten Zeit entschieden gebessert hätten. Hierzu haben verschiedene Ursachen beigetragen, darunter die gegen alles Erwarten geringen Ergebnisse, welche die neue, dritte oder Volkspartei bei den bisher stattgefundenen Staats- und Localwahlen erzielt, sowie der Uebertritt hervorragender Mitglieder der republikanischen zu der demokratischen Partei. Was die Volkspartei anbelangt, die bekanntlich mit so großen Ansprüchen in den Wahlfeldzug eingetreten ist, daß die beiden alten Parteien dieselbe als einen gefährlichen Mitbewerber betrachten zu müssen glaubten, so hat sich schon jetzt herausgestellt, daß diese neue, eine Sammlung der unzufriedenen Elemente der alten Parteien und keiner Partei angehörenten Fractionen bildende politische Vereinigung der republikanischen Partei mehr Stimmen entziehen wird, als der demokratischen, und daß sie dort, wo sie es, wie bei den Staatswahlen in Florida und Georgia, versuchte, mit Hilfe der Republikaner den Demokraten den Sieg streitig zu machen, keinen Erfolg gehabt hat. Was aber noch mehr zu der Besserung der augenblicklichen Lage für die demokratische Partei beigetragen hat, ist die Thatsache, daß zwei so hervorragende Republikaner, wie die Herren Walter O. Gresham und Wayne Mac Veagh amtlich erklärt haben, am 8. November für Cleveland stimmen zu wollen. Gresham, gegenwärtig Richter des Bundes-Kreisgerichts in Chicago, der sich mehrfach ernstlich um die Nomination seitens der republikanischen Partei für das Präsidentenamt bemerben und einmal auch große Aussicht hatte, dieselbe zu erhalten, hat einen großen Anhang in seiner Partei, namentlich unter den Veteranen. Herr Mac Veagh, ein ausgezeichneter Rechtsgelehrter in Philadelphia, der im Garfield'schen Cabinet das Portefeuille des Generalanwalts inne hatte, spielt ebenso wie Richter Gresham eine hervorragende Rolle in seiner Partei. Beide Genannte geben als Hauptgrund dafür, daß sie diesmal für Cleveland stimmen werden, ihre Unzufriedenheit mit dem Mac Kinley-Tarif, d. h. überhaupt mit der seitens der republikanischen Partei verfolgten Schutzzoll-Politik an. Herr Mac Veagh erklärt außerdem, daß er nicht mit der von seiner Partei angestrebten Centralisation der Bundesgewalt, wie sie in der von den Republikanern befürworteten Controle der Bundeswahlen zum Ausdruck komme, übereinstimmen könne. Das die Lostrennung zweier so hervorragender Politiker von der Partei, mit welcher sie seit deren Gründung eng verknüpft waren, einen entschiedenen Verlust für die Republikaner bedeutet, hauptsächlich weil ihr Vorgehen manche andere Mitglieder der Partei bereits veranlaßt hat und noch veranlassen dürfte, ebenfalls zu den Demokraten überzugehen, kann nicht geleugnet werden. Zu gleicher Zeit ist indessen, unserer Ansicht nach, damit sowie durch das über die Volkspartei Gesagte der Erfolg Cleveland's noch lange nicht als gesichert zu betrachten. Die Erfahrung lehrt, daß der Erfolg bei einer Präsidentenwahl oft von unvorhergesehenen Zufälligkeiten abhängig ist. Deshalb wäre es auch heute, obwohl sich, wie gesagt, die Aussichten der demokratischen Partei entschieden gebessert haben, verfrüht, behaupten zu wollen, daß Cleveland sicher erwählt werden wird, zumal die Republikaner große Anstrengungen machen, ihm den Siegespreis streitig zu machen.

Deutsches Reich.

§§ **Berlin**, 19. October. Die Militairvorlage ist heute Nachmittag endlich auch gedruckt und mit der Begründung versehen in die Hände der Mitglieder des Bundesraths gelangt, nachdem sie ihnen inhaltlich bereits seit vielen Wochen bekannt war. Die Vorlage ist auch noch nachträglich auf die Tagesordnung der für morgen anberaumten Sitzung gestellt worden, auf welcher sich außerdem eine Reihe anderer Vorlagen und eine größere Zahl von Petitionen befinden. Schon aus diesem äußeren Umstande erhellt, daß sich keine principielle Erörterung an die Militairvorlage knüpfen wird, sondern daß sie, wie es im Bundesrath bei fast allen Vorlagen üblich ist, sogleich den bezüglichen Ausschüssen zugewiesen wird. Wie wir erfahren, soll der Gesetzentwurf dem Reichstage nicht erst nach Neujahr, sondern alsbald nach seinem Zusammentreten zugleich mit dem Etat zugehen, was um so wünschenswerther erscheint, als in Folge der Geheimhaltung der Vorlage die abenteuerlichsten Gerüchte über deren Inhalt Glauben finden und den jeder Verständigung „aus Princip" abholden Parteien mehr und mehr billige und uncentrelirbare Vorwände zur Aufreizung der gedankenlosen Menge geben. Darum bleibt es in hohem Grade bedauerlich, daß man nicht an der früheren Absicht, die Vorlage vorher zu veröffentlichen, festgehalten hat. Auch jetzt ist den Mitgliedern des Bundesraths Geheimhaltung zur Pflicht gemacht. Daß die Berathung der Militairvorlage im Reichstage harte Kämpfe mit sich bringen wird, ist zwar selbstverständlich bei den hohen und so ganz unerwarteten Anforderungen, welche gestellt werden. Es erscheint aber völlig müßig, sich heute bereits in Vermuthungen darüber zu ergehen, welche Folgen eine Ablehnung nach sich ziehen könnte, zumal sich über den Ausgang der parlamentarischen Verhandlungen um so weniger sagen läßt, als die wichtigsten und entscheidendsten Aufklärungen wahrscheinlich im Schooße der Commissionen erfolgen werden. Wir dürfen froh sein, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Reichskanzler und dem Staatsministerium, von welcher vor Kurzem gefabelt wurde, nicht besteht, und wir sind der Ansicht, daß wir auch vor der „inneren Krisis" bewahrt bleiben werden, auf welche die radicalen Parteien speculiren, um bei einer solchen vielleicht im Trüben fischen zu können. Noch niemals vorher ist über eine Gesetzesvorlage, welche man nicht kennt, so viel gesprochen und geschrieben, gegen sie in so heftiger und doch mit Thatsachen nicht belegter Weise polemisirt worden, wie es diesmal geschehen. Es dürfte an der Zeit sein, diesen Kampf gegen Schatten einzustellen, damit sich allmälig die Gemüther beruhigen und wieder zu der Objectivität gelangen, welche bei so bedeutungsvollen Gesetzentwürfen besonders erforderlich ist.

△ **Berlin**, 19. October. Nach amtlicher Bekanntmachung wird die Eröffnung des Landtags wegen Umbaues des Weißen Saales diesmal im Rittersaale des königlichen Schlosses vollzogen werden. Es wird hieraus geschlossen, daß der König selbst den feierlichen Eröffnungsact vorzunehmen gedenke. Es wird damit auch äußerlich die hohe Bedeutung ausgedrückt, welche an höchster Stelle der bevorstehenden Landtagssession und ihrer Hauptaufgabe, der Durchführung der Steuerreform, beigemessen wird. Auch die Reichstagssession dürfte ohne Zweifel durch den Kaiser selbst eröffnet werden. In Landtagskreisen nimmt man an, daß die gesammten Steuervorlagen nach der ersten Lesung, die wohl eine Woche in Anspruch nehmen dürfte, einer einzigen Commission überwiesen werden, welche die höchste übliche Zahl von 28 Mitgliedern erreichen dürfte. Die Berathungen dieser Commission glaubt man auf einen so umfangreichen Zeitraum bemessen zu sollen, wie vielleicht niemals vorher in der preußischen parlamentarischen Geschichte bei irgend einem Gegenstand. Jedenfalls wird erst mehrere Wochen nach Neujahr an die zweite Lesung im Plenum zu denken sein. Im Allgemeinen erhält sich in parlamentarischen Kreisen der Eindruck, daß die Vorlagen, vorbehaltlich mancher Abänderungen im Einzelnen, in ihren Grundzügen einen günstig vorbereiteten Boden im Landtag vorfinden. Hoffentlich besitzt der Finanzminister die Kraft und Gesundheit, die sehr bedeutenden Anstrengungen, die an ihn herantreten werden, zu bestehen.

— Der Kaiser begab sich gestern Morgen vom Marmorpalais zu Wagen nach Spandau, woselbst er einer größeren Gefechtsübung beiwohnte.

— Ein Berliner Correspondent der „M. N. N." will wissen, daß es sich bei dem Besuch des Frhrn. von Huene beim Reichskanzler um die Frage der parlamentarischen Behandlung der Militairvorlage gehandelt habe. — Nach demselben Blatt hat der Kaiser bei dem neulichen Empfange des Oberbürgermeister Zelle durch besonders huldvolle Unterhaltung ausgezeichnet und die Tüchtigkeit der Stadtverwaltung, sowie die gegen die Cholera getroffenen wirksamen Maßregeln gelobt.

— In dem nächstjährigen Reichshaushaltsetat dürfte eine ganz neue Position erscheinen, welche der Unterstützung der Familien von den zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften gewidmet ist. Bekanntlich bestimmt das diesen Gegenstand behandelnde Gesetz, daß die gezahlten Unterstützungen aus Reichsmitteln erstattet werden. Die Erstattung muß vor Ablauf des Etatsjahres erfolgen, in welchem die Zahlung stattgefunden hat. Es sind also vor dem 31. März 1893 diejenigen Summen zu erstatten, welche im Etatsjahre 1892/93 für den erwähnten Zweck gezahlt wurden. Diese Summen konnten bisher etatsmäßig nicht verlangt werden, weil das Gesetz, an dessen thatsächlichem Zustandekommen damals zudem noch gezweifelt wurde, erst in der letzten Reichstagssitzung der vorigen Session zur Verabschiedung gelangte. Für das Jahr 1893/94 dürfte jedoch im ordentlichen Etat eine darauf bezügliche Position eingestellt sein.

— Es verlautet, daß Major v. Wissmann neuerdings Aussichten habe, Nachfolger des Freiherrn v. Soden zu werden. Nach der „Kreuzztg." ist er der Ansicht, daß die Weiterführung seiner Expedition bis zum Nyassa von einem anderen Führer leicht bewerkstelligt werden könnte, so daß seine eigene Person nicht mehr unbedingt daran theilnehmen müßte. Auf Grund dieser Anschauung und Darlegungen soll er beim Antisclaverei-Comité um seine Entlassung aus seinen Dienstverhältnissen eingekommen sein. Danach kann es nicht unwahrscheinlich sein, daß der Major innerhalb einiger Monate nach Deutschland zurückkehrt. Dann könnten die Verhandlungen mit ihm eingeleitet werden. In jedem Falle liegen die Dinge in Ostafrika so, daß sie nicht wie gegenwärtig bleiben können.

— Sämmtliche Morgenblätter besprechen die gestrige Mittheilung der „Post", daß das Cultusministerium sich mit der Frage beschäftige, wie weit das Vorgehen des Professors Harnack mit den gebotenen Grenzen der Lehrfreiheit in Einklang zu bringen sei. Die Blätter sind ohne Unterschied der Ansicht, daß besonders jetzt die Regierung es nicht wagen könne, die Lehrfreiheit der Universitäten anzutasten. Man glaubt indeß, daß der Cultusminister Dr. Bosse in einer kürzlich beim Kaiser gepflegenen Berathung über den Geheimrath von Lucanus, der für eine mildere Betrachtung des Falles ist, den Sieg davontragen werde. Die „Kreuzzeitung" hat sich zu der Nachricht der „Post" noch nicht geäußert.

— Der Rücktritt des Herrn von Schlözer von dem Gesandtenposten am Vatican gilt dem „Hamb. Nachr." als ein Erfolg des Centrums. Das genannte Blatt schreibt nämlich:

„Gerade das Ansehen, welches Herr Schlözer sich beim Papste und dessen Umgebung erworben hatte, war vom Centrum seit Langem als eine Unbequemlichkeit empfunden worden, und in unterrichteten Kreisen sah man in der Abberufung Schlözer's ein Symptom des Einflusses, den das Centrum auf unser auswärtiges Amt übt. Das Centrum kann in Rom einem in allen schwierigen Lagen bewährten preußischen Gesandten, der das Vertrauen des Papstes besitzt, nicht brauchen, es schätzt sich durch diesen bei der Curie concurrirenden Einfluß naturgemäß sehr beengt."

— Wie die „Basler Nachrichten" melden, hatte Lothar Bucher bis zum Mai mit dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh gearbeitet und kam dann, müde und der Ruhe bedürftig, in die Schweiz. Die letzten Wochen hatte er in Glion zugebracht; er rüstete sich, wieder sein früheres Winterquartier im nahen Clarens zu beziehen, als ihn der Tod nach nur fünf- bis sechstägigem Krankenlager ereilte. — Ueber den Eintritt Lothar Bucher's in den Staatsdienst wird der „Straßb. Post" Folgendes mitgetheilt:

Im Jahre 1864 traf ich auf einer Gebirgspartie mit Dr. Stein, dem Redacteur der „Breel. Ztg.", zusammen. Stein war ein vertrauter Freund Lothar Bucher's; Beide waren im Jahre 1848 als Mitglieder der Nationalversammlung in Berlin gewesen, wo sie fast täglich mit dem damaligen Abgeordneten v. Bismarck-Schönhausen in einer Restauration in der Nähe des Theaters zusammen trafen und wo somit die erste nähere Bekanntschaft zwischen Bismarck und Bucher stattgefunden hat. Den späteren Eintritt Lothar Bucher's in das Auswärtige Amt hat Letzterer dem Dr. Stein brieflich wie folgt erläutert: Bei Gelegenheit einer Sitzung des Ministeriums sagte der damalige Justizminister Graf zur Lippe: „Heute ist mir etwas Merkwürdiges passirt; Lothar Bucher hat sich um Zulassung zur Rechtsanwaltschaft beworben. Natürlich kann man den Mann nicht anstellen." „Was?" ruft Bismarck, „Bucher will in den Staatsdienst? Na, wenn Sie ihn nicht nehmen, nehme ich ihn." Allgemeines Erstaunen. Darauf schreibt Bismarck an Bucher. Dieser, bekanntlich auch Mitbegründer des Nationalvereins, schreibt darauf an Bismarck: „Excellenz kennen meinen nationalen Standpunkt, welchen ich niemals verleugnen werde . . ." Darauf schreibt Bismarck: „Ihren nationalen Standpunkt kenne ich freilich sehr genau, aber den brauche ich gerade zur Durchführung meiner Politik, und ich werde Ihnen nur Arbeiten zur Ausführung übertragen, welche sich im Geiste Ihrer nationalen Bestrebungen bewegen." Darauf erfolgte die lebhafte Erklärung Bucher's, daß er in diesem Falle die gebotene Stellung gern annehme.

— Freiherr v. Durant veröffentlicht in der „Kreuzztg." einen Artikel über den conservativen Parteitag, in welchem er der Genugthuung darüber Ausdruck giebt, daß der christliche Gedanke und die Beschränkung des jüdischen Einflusses, sowie die Wiederherstellung eines kräftigen Mittelstandes an die Spitze des Parteiprogramms gestellt ist. Der Parteitag werde spätestens im November stattfinden.

— Die Aufstellung von zwei ultramontanen Candidaturen scheint jetzt in den Wahlkreisen des Centrums die Regel werden zu sollen. Nicht nur im Wahlkreise Kelheim ist solches der Fall, das Gleiche wird jetzt auch aus Kaufbeuren gemeldet, wo eine Ersatzwahl für Dr. Orterer vorzunehmen ist. Auch hier werden zwei Centrumscandidaten genannt, Domcapitular Lingg und Bürgermeister Zinth.

— Die Erkrankung des Finanzministers Dr. Miquel schreitet im normalen Verlaufe der Besserung zu, doch dürfte der Minister sich für einige Zeit noch Schonung auferlegen müssen.

— Der großbritannische Botschafter am hiesigen Hofe, Sir Edward Malet, ist aus Frankreich nach Berlin zurückgekehrt.

— Der Capitain zur See, Graf Haugwitz, ist zum Oberwerftdirector in Danzig ernannt und dem Contreadmiral v. Hollen der Charakter als Vizeadmiral verliehen worden.

— In einer Zuschrift ist unlängst über das Reichs-Versicherungsamt behauptet worden, es sei Praxis dieser Behörden, die Vorstände der Berufsgenossenschaften von bevorstehenden Cassenrevisionen einige Tage zuvor zu benachrichtigen. Eine solche Praxis bestehe, wie der „Reichsanzeiger" hervorhebt, im Reichsversicherungsamt nicht; jene Behauptung ist daher unbegründet.

— Am 1. December 1892 soll im Deutschen Reich eine allgemeine Viehzählung stattfinden. Der Minister des Innern hat dem „Reichs-Anzeiger" zufolge den mit der unmittelbaren Leitung des Zählwerks betrauten Behörden die nöthigen Zählpapiere zugehen lassen. Die Staats- und Gemeinde-Beamten, insbesondere die Lehrer, werden zur Betheiligung an dem Zählwerk angeregt werden. Die örtliche Ausführung der Zählung ist Sache der einzelnen Gemeinden und Gutsbezirke, und diese sind verpflichtet, die durch die Annahme von Zählern etwa entstehenden Kosten zu übernehmen. Veranstaltungen, welche die ordnungsmäßige Ausführung der Viehzählung in einzelnen Orten gefährden könnten, sollen am Zählungstage unterbleiben, und insbesondere werden die auf die Zeit vom 30. November bis zum 2. December d. J. fallenden Jahr-, Kram- und Viehmärkte auf andere Tage verlegt werden. Durch die Anordnung, daß von den Zählern und den Ortsbehörden doppelte Stücke der Zählercontrol- und der Ortslisten auszufertigen sind, von denen je eines bei der Orts- und der Kreisbehörde verbleibt, ist wiederum wie bereits im Jahre 1883 diesen Behörden die Möglichkeit gegeben, den Viehstand für ihr Gebiet noch vor Vollendung der Aufbereitung und Veröffentlichung der Zählungsergebnisse durch das königliche statistische Bureau festzustellen, und ihnen der Besitz eines für die verschiedensten wirthschaftlichen Fragen werthvollen Materials gesichert.

* **Danzig**, 19. October. Das Central-Comité der nationalliberalen Partei in Westpreußen hat in Aussicht genommen, im nächsten Herbst in Marienwerder einen Parteitag abzuhalten und für die bevorstehende Nachwahl in Stuhm-Marienwerder einen nationalliberalen Candidaten aufzustellen. Ferner sollen möglichst in allen Wahlkreisen Kreis-Comités gebildet werden.

* **Hamburg**, 20. October. (Telegramm.) Die Bürgerschaft lehnte bei den Verhandlungen über die Titelfrage den Titel „Regierungsrath" ab und genehmigte den Antrag Mey's und Genossen, das Amt des Polizeirathes in das eines Polizeidirectors umzuwandeln, sowie drei Räthe mit Richtergehalt anzustellen, welche die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst in den deutschen Bundesstaaten erworben haben. — Betreffs des Hamburger Centralbahnhofs melden die „Hamb. Nachr.", der preußische Finanzminister habe das Project zu umfangreich und kostspielig gefunden; er lehnte es ab, mit der Bemerkung, die Zeiten für so großartige Bahnhofsanlagen wie in Frankfurt a. M. und Köln seien vorüber.

♂ **Neisse**, 19. October. Das Cultusministerium hat den Magistrat benachrichtigen lassen, daß der Beschluß, das Realgymnasium zum 31. März aufzulösen und die Lehrer zur Disposition zu stellen, dem Lehrercollegium nicht mitgetheilt werden dürfe, da er, wie schon telegraphisch gemeldet, die Genehmigung des Ministers noch nicht erhalten hat. Das Vorgehen der hiesigen städtischen Behörden ist ein klerikaler Schachzug, um das, was im Abgeordnetenhause abgelehnt ist, auf dem Gebiete der Selbstverwaltung durchzusetzen. Rechtsanwalt Radbyl, der im Abgeordnetenhause mit seinem Antrage, auf die städtischen Anstalten, deren Auflösung durch einen Gemeindebeschluß vor dem 1. April 1893 erfolgte, das Gesetz über das Diensteinkommen nicht für anwendbar zu erklären, durchfiel, kann wohl als der Urheber des eigenthümlichen Beschlusses betreffs der Aufhebung des Realgymnasiums gelten.

* **Aus dem Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg**, 19. October. Im hiesigen Wahlkreise wird von nationalliberaler Seite an der zuerst aufgestellten Candidatur Hobrecht festgehalten; der von anderer Seite genannte Landrichter Curtius hat abgelehnt, eine Candidatur zu übernehmen. Die Vorstände der freisinnigen und nationalliberalen Partei haben sich dahin verständigt, daß derjenige Candidat der liberalen Parteien, welcher in die Stichwahl kommt, von allen Liberalen gewählt wird. Man wünscht allseitig, daß der Wahlkampf so geführt werde, daß ein Zusammengehen aller Liberalen bei der Stichwahl nicht erschwert wird.

* **Tessau**, 18. October. Die kirchlichen Körperschaften haben sich mit der Frage beschäftigt, wie die Lehrlinge der Gewerbe- und Handeltreibenden während der Zeit der Sonntagsruhe zu beschäftigen seien, um vor der Versuchung zum Gasthausleben geschützt zu werden.

* **Wiesbaden**, 19. October. Der Großfürst Alexis ist heute früh 7 Uhr nach St. Petersburg und das Großherzogliche Paar von Mecklenburg-Schwerin nach Paris abgereist, wo sie einige Tage bleiben, um sodann nach Cannes weiter zu reisen.

* **Sigmaringen**, 20. October. (Telegramm.) Der Herzog von Edinburg ist zum Besuche der fürstlichen Familie und des Königs von Rumänien hier eingetroffen.

* **München**, 19. October. Die Wahl des Candidaten des Centrums, Bierbrauers Rauchenecker, zum Reichstagsabgeordneten für Kelheim, an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Kirchammer, ist zweifellos gesichert. Das Stimmenverhältniß ist noch unbekannt. (Wiederholt.) — Das klerikale „Fremdenblatt" vervollständigt die Mittheilung über die bekannte Wahläußerung des Prinzregenten dahin, daß er dieselbe zu dem klerikalen Reichstags- und Landtagsabgeordneten Magistratsrath Biehl mit ungefähr folgenden Worten gethan: „Herr Magistratsrath, wenn ich Sie sehe, so denke ich an die kommenden Wahlen. Sollte es denn nicht möglich sein, daß sich alle staatserhaltenden Parteien gegenüber einer gewissen Partei, die ich nicht zu nennen brauche, zusammenschließen?" Wie in Parteikreisen erzählt wird, sollen klerikale Abgeordnete die Anregung sofort aufgegriffen und bei den Liberalen wegen eines Compromisses angeklopft, aber die Antwort erhalten haben, daß vor den Wahlmännerwahlen ein Abkommen praktisch nicht möglich sei. — Auch der Herzog und die Herzogin Karl Theodor werden zur Taufe nach Berlin kommen.

Oesterreich-Ungarn.

* **Prag**, 19. October. Das Organ der altczechischen Partei, „Hlas Naroda", weist jede Gemeinschaft der Interessen der Czechen mit den Ausführungen Eym's in der Reichsraths-Delegation auf das Entschiedenste zurück. Die rednerischen Lorbeeren Eym's würden für die Nation der Czechen zur Dornenkrone werden, falls sie diese Lorbeeren mit Eym theilen wollte. — Wie aus Prag weiter berichtet wird, hat die schwere Niederlage, welche die Jungczechen in den Delegationen erlitten haben, bei den Altczechen große Schadenfreude hervorgerufen. Die vollständige Isolirung der Jungczechen ist nun constatirt. In den Kreisen der deutsch-liberalen Parteien ist man der Meinung, daß das Benehmen der Jungczechen in den Delegationen nicht ohne Consequenzen für die inneren Gestaltungen bleiben und den Anstoß zu einer energischeren Bekämpfung der jungczechischen Bestrebungen überhaupt geben werde.

* **Pest**, 19. October. Der französische Deputirte Millevoye beglückwünschte Namens vieler französischer Collegen aus der Kammer die jungczechischen Delegirten zu der Rede Eym's.

— Am Schlusse der heutigen Sitzung der österreichischen Delegation trat der Finanzminister Kallay hervor, eine Besprechung der Zustände in den Occupationsgebieten bei allen Branch der Delegationen. Die von den Delegirten dem Schulwesen, der öffentlichen Sicherheit und dem Verkehrswesen gezollte Anerkennung beweise, daß ein Fortschritt erreicht sei, insbesondere Angesichts der kurzen Dauer der Verwaltung dieser Gebiete. Die Regierung der Monarchie handle nicht nach dem Grundsatze „divide et impera", sondern trachte darnach, feindlich gesinnte Elemente zusammenzubringen. Die bei der Verwaltung etwa vorgekommenen Verstöße seien nicht größer, als sie in den bestverwalteten Provinzen Europas vorkämen. Sein Ziel in den occupirten Ländern, wo der Osten und der Westen zusammenstoßen, sei das Gefühl der Staatlichkeit und das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit einem großen mächtigen Staate zu erwecken und zu befestigen zum Besten des Landes und der Monarchie. (Lebhafter Beifall.) Referent Suß gab hierauf die Erklärung ab, die Delegation könne von Europa feststellen, daß Oesterreich-Ungarn die ihm in den Occupationsgebieten gestellte Aufgabe glücklich gelöst habe. Hierauf wurde der Occupationscredit unverändert angenommen, sowie das Budget des gemeinsamen Finanzministeriums und der Marine. Die Schlußrechnung für 1890 und die darauf bezüglichen Resolutionen wurden genehmigt. Die nächste Sitzung ist unbestimmt, wahrscheinlich findet dieselbe am 27. d. M. statt.

— In der heutigen Plenarsitzung der ungarischen Delegation, in welcher das Budget des Aeußeren verhandelt wurde, hob der Referent Dr. Max Falk hervor, die ungarische Delegation habe bei jeder Gelegenheit mit größter Wärme die Nothwendigkeit des Dreibundes anerkannt. In den diesjährigen Berichte habe der Ausschuß sich in jener Hinsicht noch wärmer ausgesprochen, weil innerhalb der Monarchie sich Gegner des Dreibundes befunden hätten, welche dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten ein intimes Bündniß mit Rußland anriethen. Diese Bewegung, welche die auswärtige Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie umgestalten möchte, sei so unbedeutend, daß der Ausschuß es nicht für der Mühe werth erachtet habe, davon im amtlichen Berichte Notiz zu nehmen. Er sei auf diese Bewegung auch nur deswegen zu sprechen gekommen, damit das Schweigen darüber nicht mißdeutet werde. Die Ungarn hielten treu an dem Dreibunde fest, wünschten dessen unveränderten Fortbestand und wollten denselben durch keinerlei andere Combination ersetzt sehen. (Lebhafte Eljenrufe.) Der Delegirte Ugron von der äußersten Linken erklärte, er kenne in Ungarn Niemand, weder einzelne Personen noch Parteien, die mit dem Dreibunde unzufrieden wären. Jeder Ungar halte den Dreibund für dringend nothwendig. Ugron machte sodann mehrere Einwendungen gegen die innere Verwaltung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. Nachdem noch der Siebenbürger Sachse Flieger sich mit Worten höchster Anerkennung für den Dreibund ausgesprochen hatte, gelangte der Bericht des Ausschusses sowie eine Resolution zur Annahme, in welcher die Billigung der auswärtigen Politik ausgesprochen und dem Minister des Auswärtigen die Anerkennung und das Vertrauen der Delegation ausgedrückt wird.

Frankreich.

* **Paris**, 19. October. Carnot empfing heute Nachmittag den Herzog von Leuchtenberg und erwiderte alsbald den Besuch. Der Municipalrath von Paris, welcher heute seine Sitzungen wieder aufgenommen hat, bewilligte 10 000 Frcs. für die Ausständigen in Carmaux. — Gegenüber der Behauptung eines neu erschienenen Wochenblattes, daß der im vorigen Jahre auf einer Reise in Afrika verunglückte Lieutenant Quiquérez von seinem Begleiter, dem Lieutenant Segonzac, erschossen worden sei, verlautet, das Kriegsministerium halte den Bericht Segonzac's, wonach Quiquérez einen Selbstmord im Delirium verübt habe, für durchaus richtig. Die Behauptung, Quiquérez sei das Opfer eines Verbrechens, gehe von englischen Agenten aus, welche das Prestige Frankreichs schädigen wollten. — Wie dem „Temps" aus Tanger gemeldet wird, sind die Engländer am Cap Juby mit Herstellung von Steinbauten an Stelle der von den Eingeborenen demolirten Baracken, sowie mit der Vorbereitung zur Erbauung von Forts beschäftigt.

Belgien.

* **Brüssel**, 19. October. Die Regierung erzielte ein Einverständniß mit der gemäßigten Linken über die Wahlreform. Das allgemeine Stimmrecht scheint endgiltig beseitigt zu sein.

Italien.

* **Rom**, 20. October. (Telegramm.) Die gestrige Gemeinderathssitzung, welcher Crispi zum ersten Mal als Mitglied beiwohnte, war äußerst stürmisch. Crispi erklärte in seiner Rede, Rom sei die größte Stadt Italiens, Rom könne nicht ohne Italien, Italien nicht ohne Rom sein! (Beifall.) Die Creditforderung für die Nationalausstellung, die im Jahre 1895 stattfinden soll, wurde durch den Herzog Gaetano, den Syndicus und die Schöffen bekämpft. Da aus dem Publicum gerufen wird, für die Feste zu Ehren des deutschen Kaisers könnten wohl die Mittel aufgebracht werden, räumte die Polizei den Saal. Das Publicum weigerte sich, Folge zu leisten und kamen mehrere Verhaftungen vor. Die Sitzung mußte wegen des Tumults suspendirt werden. — Die rumänische Regierung hat die italienische Regierung ersucht, den diplomatischen und consularen Schutz der rumänischen Unterthanen in Griechenland zu übernehmen. Italien hat diesen Schutz zugesagt. — Der sonst zuverlässige „Torneo" meldet, der geplante elsässische Pilgerzug, an dessen Spitze ein deutscher Bischof stehen sollte, sei endgiltig aufgegeben, weil der Vatican aus Rücksicht für Frankreich der Inscenirung einer elsässischen Pilgerfahrt, welche eine deutsche Färbung trage, Schwierigkeiten in den Weg legte. Die Nachricht ist momentan uncontrolirbar. — Wie verlautet, werden im nächsten Consistorium die Secretaire der bischöflichen Congregation, Msgrs. Graniello und Cretoni, zu Cardinälen ernannt werden.

* **Rom**, 19. October. In amtlichen Kreisen herrscht Verstimmung über die Hartnäckigkeit Oesterreichs in Angelegenheit der Weinclausel. Der Minister des Auswärtigen, Brin, sprach gutem Vernehmen nach dem österreichischen Botschafter sein Bedauern darüber aus, weil die öffentliche Meinung Italiens die ablehnende Haltung Oesterreichs vom politischen, nicht vom ökonomischen Gesichtspuncte aus betrachte. Trotzdem versichert mir heute ein maßgebender Diplomat, die Beziehungen Italiens zum Dreibund, namentlich zu Deutschland, waren selbst unter Crispi nicht intimer als gegenwärtig. (B. T.)

Großbritannien.

* **London**, 19. October. Einer Abordnung gegenüber erklärte heute der Staatssecretair des Innern, Asquith, daß die Regierung beabsichtige, das von dem ehemaligen Polizeicommissar Verren anläßlich der Ruhestörungen in London erlassene Verbot der Abhaltung von Versammlungen im Trafalgar-Square Ende dieses Monats wieder aufzuheben. Die Regierung habe kein Recht, Unterthanen, welche die Gesetze beobachten, an der Abhaltung von Meetings zu verhindern. Er rathe jedoch ab von allzu großen und häufigen, Störungen der Geschäfte verursachenden Versammlungen. (Wiederh.)

Spanien.

* **Sevilla**, 20. October. (Telegramm.) In dem Befinden des Königs ist weitere Besserung eingetreten. — Von den zum Katholikencongreß eingegangenen Begrüßungsschreiben ist besonders der Brief der deutschen Katholiken und Reichstagsabgeordneten bemerkt worden.

Rußland.

* Ein politisches Blatt hatte dieser Tage eine Nachricht gebracht, welche ängstlichen Gemüthern möglicherweise als böses Omen erscheinen könnte, — an der russischen Grenze sollte ein österreichischer Gendarm von einem russischen Kosaken erschossen worden sein. Die amtliche Nachforschung hat glücklicherweise ergeben, daß an der Sache Nichts ist.

Orient.

* **Wien**, 20. October. (Telegramm.) Zu ihrer gestrigen Meldung erfährt die „Polit. Corresp." heute aus anderer Quelle, daß die Gerüchte über die Höhe der schwebenden serbischen Staatsschuld jedenfalls verfrüht sind, da der Bericht der zur Prüfung der Finanzlage eingesetzten Commission noch keineswegs definitiv festgesetzt sei. Jedenfalls hoffe die gegenwärtige Regierung, daß die schwebende Schuld durch die nächsten Monat zu erwartenden größeren Steuereingänge eine wesentliche Verringerung erfahren wird.

* **Konstantinopel**, 20. October. (Telegramm.) Wie verlautet, hat der Sultan dem Botschafter Nelidow während der letzten Audienz erklärt, daß Stambulow keineswegs eine specielle Einladung nach Konstantinopel erhielt, und daß dessen Empfang auf die türkische Politik, die sich

SLUB
Wir führen Wissen.